

Aus:

HAWAII, Das Magazin aus dem Schauspielhaus, Nr. 5, September 2012, Seite 21, Hamburg

Von wegen grün

Hamburg treibt Raubbau an der Natur. Statt es wuchern und wachsen zu lassen, sind unsere Stadtpolitiker besessen von frei geholzten Sichtachsen und kahl geschorenen Straßenrandstreifen, von Hochleistungsparks und ödem Plangrün. Harald Duchrow ist der Saubermannpolitik auf Kosten von Natur und Stadtklima nachgegangen.

Die Entgrünung begann mit Ronald Barnabas Schill. Im September 2001 holten der populistische Richter und seine »Partei Rechtsstaatlicher Offensive« bei der Bürgerschaftswahl 19,4 Prozent der Wählerstimmen. Entsprechend deutlich fand sich die Schill'sche Handschrift im Koalitionsvertrag zwischen CDU, FDP und Schill-Partei wieder. Nicht nur versprach man, die »uniformierte Präsenz in Hamburg« werde »massiv erhöht«. Auch der Vegetation wollte man zu Leibe rücken. »Wucherndes Grün« müsse »zügig beseitigt« werden, damit auf öffentlichen Flächen »Sicherheit und Sauberkeit« herrschten. Ein Handlungskonzept zur »Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt« nahm sich die Beseitigung des »Wildkrauts im Straßenraum« vor und verplante dafür mehr als fünf Millionen Euro. Die daraufhin einsetzende Säuberung der Stadt von ihrer Vegetation – ohne Rücksicht auf geltende Naturschutzbestimmungen – löste seinerzeit vielfach Empörung aus. Die SPD etwa kritisierte den Senat wegen seiner »Politik, Büsche und Bäume an Straßenrändern rauszureißen und keine Straßenbäume mehr nachpflanzen zu lassen«, und beklagte, dass »den Bezirken in einer Globalrichtlinie der Kahlschlag am Straßenbegleitgrün« diktiert werde. Doch leider hat sich an der Saubermannpolitik auch unter der gegenwärtigen SPD-Alleinregierung nichts geändert. Dem »Arbeitsprogramm des Senats« vom Mai 2011 ist die Stadtvegetation gar keine Erwähnung mehr wert – stattdessen verspricht man unter der Überschrift »Umwelt und Energie« ein »Konzept zur Verbesserung von Sauberkeit und Stadtbild in allen Quartieren«. Unter dem Motto »grenzenlose Sauberkeit« sollen für die »Quartiersreinigung« weiterhin auch »Beschäftigungsprojekte«, also Hartz IV-Empfänger, eingesetzt werden.

Vegetation als Sicherheitsrisiko: Die Polizei plant mit.

Seit Schills Amtszeit als Innensenator hat die Polizei entscheidenden Anteil an der Gestaltung des öffentlichen Raums in Hamburg – offenbar ohne nennenswerte parlamentarische Kontrolle. Spätestens seit 2005 hat die Polizei damit begonnen, ihr »spezielles Fachwissen verstärkt und strukturiert in die stadtplanerische Arbeit einzubringen«, wie dem Hamburger Polizeibericht von 2009 zu entnehmen ist. Eine im Landeskriminalamt eingerichtete Arbeitsgruppe zur »Implementierung einer verkehrlichen und städtebaulichen (Kriminal-)Prävention« rief Polizeipräsident Werner Jantosch im September 2008 ins Leben.

Und die scheint ihre kriminalpräventiv-stadtplanerischen Absichten vor allem gegen die Vegetation in der Stadt zu richten. »Bäume, Büsche und Hecken bieten sich als ideale

Versteckmöglichkeiten an«, heißt es unter der Überschrift »Sichere Stadtgestaltung – Kriminalprävention« in einem Beitrag des Polizeiberichts 2009, der offensichtlich aus dieser Arbeitsgruppe stammt. Begründungen sollten »mit einem Sicherheitsabstand von zwei Metern zum Wegesrand gesetzt werden«. Und es sollten auch »ausreichend gute Sichtmöglichkeiten für ›wachsamen Nachbarn‹ vorhanden sein«. Sichtachsen – Auflichtungen – Sichtbeziehungen, sind aus polizeilicher Sicht Voraussetzungen für eine flächendeckende soziale und staatliche Kontrolle des öffentlichen Raums. Und da ist die Stadtvegetation offenbar ein Sicherheitsrisiko. Vielleicht erklärt sich so, warum die öffentlichen Grünflächen in Hamburg immer vegetationsärmer werden.

»Qualitätsoffensive Freiraum«: Grün unter Renditeaspekten

Die ersatzlose Abholzung Tausender von Bäumen in Hamburg, die flächenhafte Entfernung von Sträuchern und Wildpflanzen und ihre Ersetzung durch kurzgeschorenen Rasen und langweiliges Plangrün führt der Hamburger Senat unter dem irreführenden Schlagwort »Qualitätsoffensive Freiraum« durch. Aus der Perspektive der Immobilienwirtschaft ist diese »Qualitätsoffensive« vor allem ein Hebel zur Renditesteigerung. »Immobilienwerte hängen zu 15 Prozent vom vorhandenen Grün und dessen Qualität ab«, erklärte Heiner Baumgarten, Geschäftsführer der Internationalen Gartenschau (IGS) auf einer von ihm und von der Stadtentwicklungsbehörde organisierten Fachkonferenz mit dem programmatischen Titel »Grün Macht Geld«. Der Landschaftsarchitekt Udo Weilacher empfahl gar, das Grün auf zentrale Parks zu beschränken, »statt grüne Sauce über die Stadt zu verteilen«. Ausgerechnet an der IGS in Wilhelmsburg sowie der Internationalen Bauausstellung (IBA) zeigt sich, wie rücksichtslos Hamburgs Stadtplaner mit der Natur umgehen. Mehr als die Hälfte der ursprünglichen Vegetation musste bislang weichen. Wertvolle, naturnahe Marschenbiotope fielen der Zerstörung anheim – darunter solche, die aufgrund ihrer Fauna besonders schutzwürdig sind. Die Aufschüttung von Abraum vom Aushub des DESY-Beschleunigerrings und des U4-Bahnbaus in der Hafencity vernichtete die Bodenfunktionen ausgedehnter Marschenflächen auf dem Gelände von IGS und IBA – ohne jeden Ausgleich. Die »massiven Bodenaufschüttungen« führten »zu einer großflächigen Beeinträchtigung der Bodenfunktionen«, diagnostizierte die Naturschutzorganisation BUND. Die durch die zahlreichen Baumaßnahmen verursachten Grundwasserabsenkungen wiederum führen zum biologischen Abbau organischer Weichschichten und damit zur Freisetzung von klimarelevantem CO₂ und N₂O (Lachgas).

Greenwashing für den Standortwettbewerb

Dass ausgerechnet die Metropole mit dem höchsten Flächenverbrauch aller deutschen Großstädte 2011 als »Umwelthauptstadt Europas« reüssieren durfte, ist ein bemerkenswerter Fall von Greenwashing. Worum es tatsächlich ging, enthüllt eine Pressemitteilung der teilstädtischen »Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung« zur Immobilienmesse 2010 in Cannes: »Wir nutzen die Auszeichnung ›Europäische Umwelthauptstadt 2011‹ konsequent, um im Wettbewerb der Standorte herauszuragen.« Von wegen Umwelthauptstadt: Tatsächlich wird in Hamburg jährlich fast die doppelte Fläche der Außenalster

bebaut und versiegelt. Diese Entwicklung ist gefährlich. Die Stadtvegetation beeinflusst den Temperatur- und Wasserhaushalt, die Schadstoffgehalte der Luft, die Folgen extremer Wetterereignisse und damit insgesamt die Lebensqualität in der Stadt. Bei anhaltender Klimaerwärmung droht eine Stadt mit immer weniger Grün zur Hitzefalle zu werden – Gesundheit und Lebensqualität der Menschen stehen auf dem Spiel. Eine Modellrechnung für den Großraum Manchester in Nordwest-England ergab, dass die maximale Oberflächentemperatur bei gleichbleibendem Grünvolumen bis zum Jahre 2080 voraussichtlich mehr als 4 Grad Celsius ansteigen wird. Durch Erhöhung des Grünvolumens um zehn Prozent könnte der Temperaturanstieg vermieden werden. Bei Verringerung des Grünvolumens um zehn Prozent wird die maximale Oberflächentemperatur dagegen um 8,2 Grad auf dann fast 40 Grad ansteigen. Sprich: Angesichts der fortschreitenden globalen Erwärmung ist das Grünvolumen von entscheidender Bedeutung für das städtische Klima. In Hamburg sind große Teile der natürlichen Strauch- und Krautvegetation des öffentlichen Raums in der letzten Dekade systematisch ausgeräumt worden. Dadurch dürfte das Grünvolumen in Hamburg dramatisch reduziert worden sein. Um wie viel? Das hält die Stadtpolitik im Verborgenen. Anders als andere deutsche Großstädte, etwa Potsdam, verzichtet Hamburg darauf, regelmäßig das für das Stadtklima so wichtige Grünvolumen im Rahmen eines Umweltmonitorings zu ermitteln – obgleich die Daten dazu seit Jahrzehnten vorliegen.

HARALD DUCHROW ist Mitglied und Sprecher der »Isebek-Initiative«. Diese Eimsbütteler Bürgerinitiative kämpfte in zwei Bürgerbegehren für den Erhalt des Grünzugs am Isebekkanal und konnte sich in einem Bürgerentscheid mit deutlicher Abstimmungs Mehrheit durchsetzen. Außerdem ist er Mitinitiator der »Projektgruppe Stadtnatur«, die sich kritisch mit der Wachstumspolitik Hamburgs und ihren ökologischen Folgen auseinandersetzt. Website: www.isebek-initiative.de